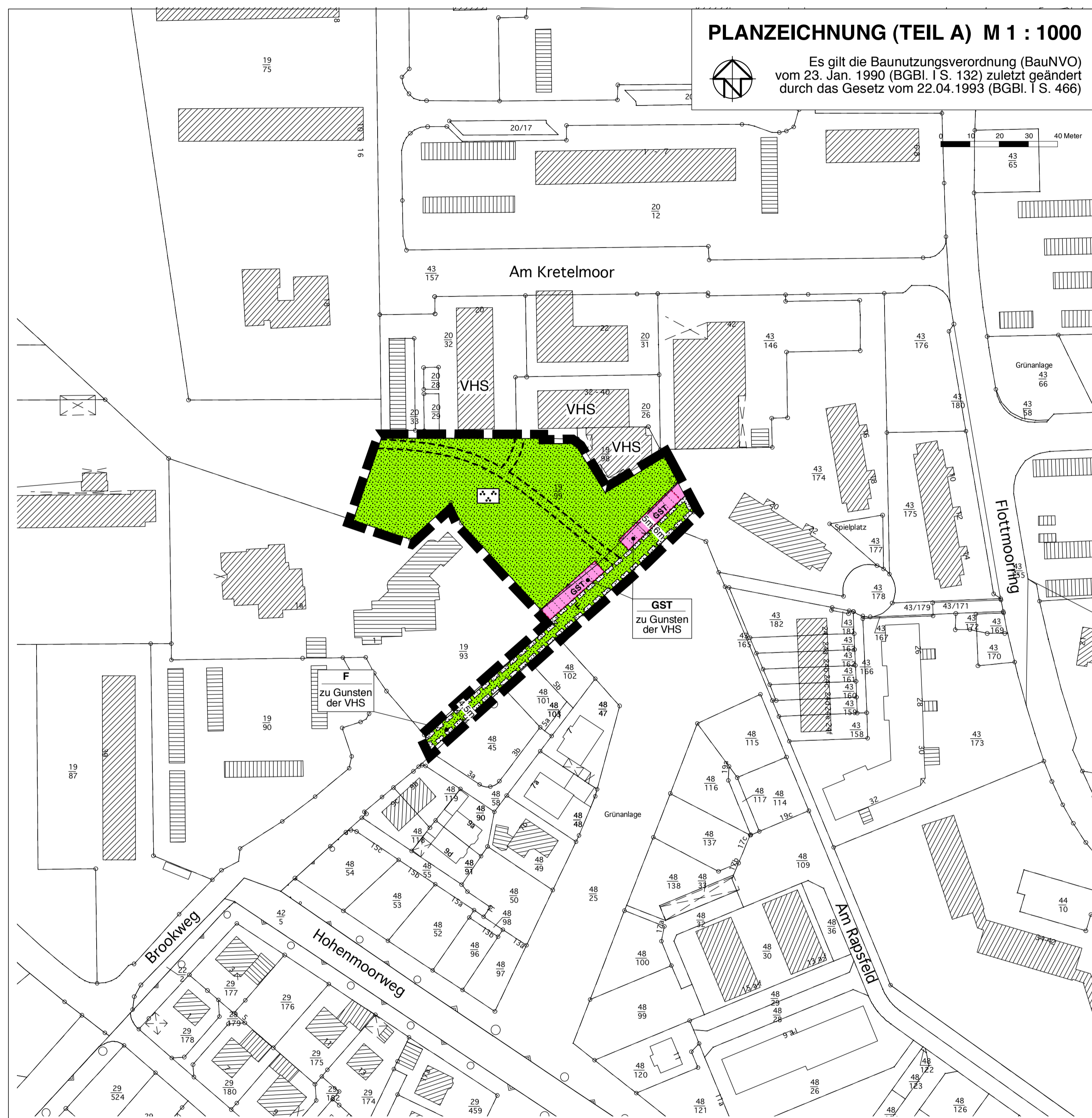


# SATZUNG DER STADT KALTENKIRCHEN ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 1 "FLOTTMOOR", 7. ÄNDERUNG

## Für den Bereich der Verlängerung des Brookwegs



### PLANZEICHNUNG (TEIL A) M 1 : 1000

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 23. Jan. 1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)



#### ZEICHENERKLÄRUNG / FESTSETZUNGEN

ZUR PLANZEICHNUNG TEIL A

	Gemeinbedarf Volkshochschule	§ 9 (1) 5 BauGB
	Flächen für Nebenanlagen und Stellplätze	§ 9 (1) 4, 22 BauGB
	Gemeinschaftsstellplätze	§ 9 (1) 22 BauGB
	Öffentliche Grünflächen	§ 9 (1) 15 BauGB
	Parkanlage	

#### Sonstige Planzeichen

	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches	§ 9 (7) BauGB
	Mit Fahrrechten zu belastende Fläche zu Gunsten der Volkshochschule	§ 9 (1) 21 BauGB

#### DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

	Vorhandene Flurstücksgrenzen
	Flurstücksbezeichnung
	Vorhandene Gebäude
	Fuß- und Radweg
	Standort der Volkshochschule

Alle Maße sind in Meter angegeben

### TEXT TEIL B

**1.0 Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen ( § 9 (1) 4 BauGB )**

1.1 Auf der Gemeinbedarfsfläche sind Carports, Garagen und Nebenanlagen gemäß § 14 (1) BauNVO nicht zulässig.

**2.0 Gestalterische Festsetzungen ( § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 84 LBO )**

2.1 **Befestigte Flächen**  
Die befestigten Flächen der Gemeinbedarfsfläche und des Fahrrechtes sind als wassergebundene Flächen und / oder mit großfugig (Fugenanteil > 20%) verlegtem Steinpflaster oder mit Rasengittersteinen zu gestalten. Wasserdurchlässige Befestigungen des Unterbaus sind nicht zulässig.

### VERFAHRENSVERMERKE

1. Der Bau- und Umweltausschuss hat am ..... den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

2. Auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB wurde nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB verzichtet.

3. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom ..... bis ..... während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am ..... durch Bereitstellung im Internet bekanntgemacht. Der Hinweis auf die Bereitstellung im Internet erfolgte am ..... in der Segeberger Zeitung Nr. .... und der Umschau Nr. ....

Kaltenkirchen, den ..... Siegel

.....  
(Bürgermeister)

4. Der katastermäßige Bestand am ..... sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.

....., den .....

.....

5. Die Stadtvertretung hat die vorgebrachten Anregungen sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am ..... geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.

6. Die Stadtvertretung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) am ..... als Satzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss gebilligt.

Kaltenkirchen, den ..... Siegel

.....  
(Bürgermeister)

7. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zumachen.

Kaltenkirchen, den ..... Siegel

.....  
(Bürgermeister)

8. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtvertretung, die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt und die Internetseite, auf der der Plan zentral und auf Dauer verfügbar ist, sind am ..... durch Bereitstellung im Internet bekanntgemacht worden. Der Hinweis auf die Bereitstellung im Internet erfolgte am ..... durch/in .....

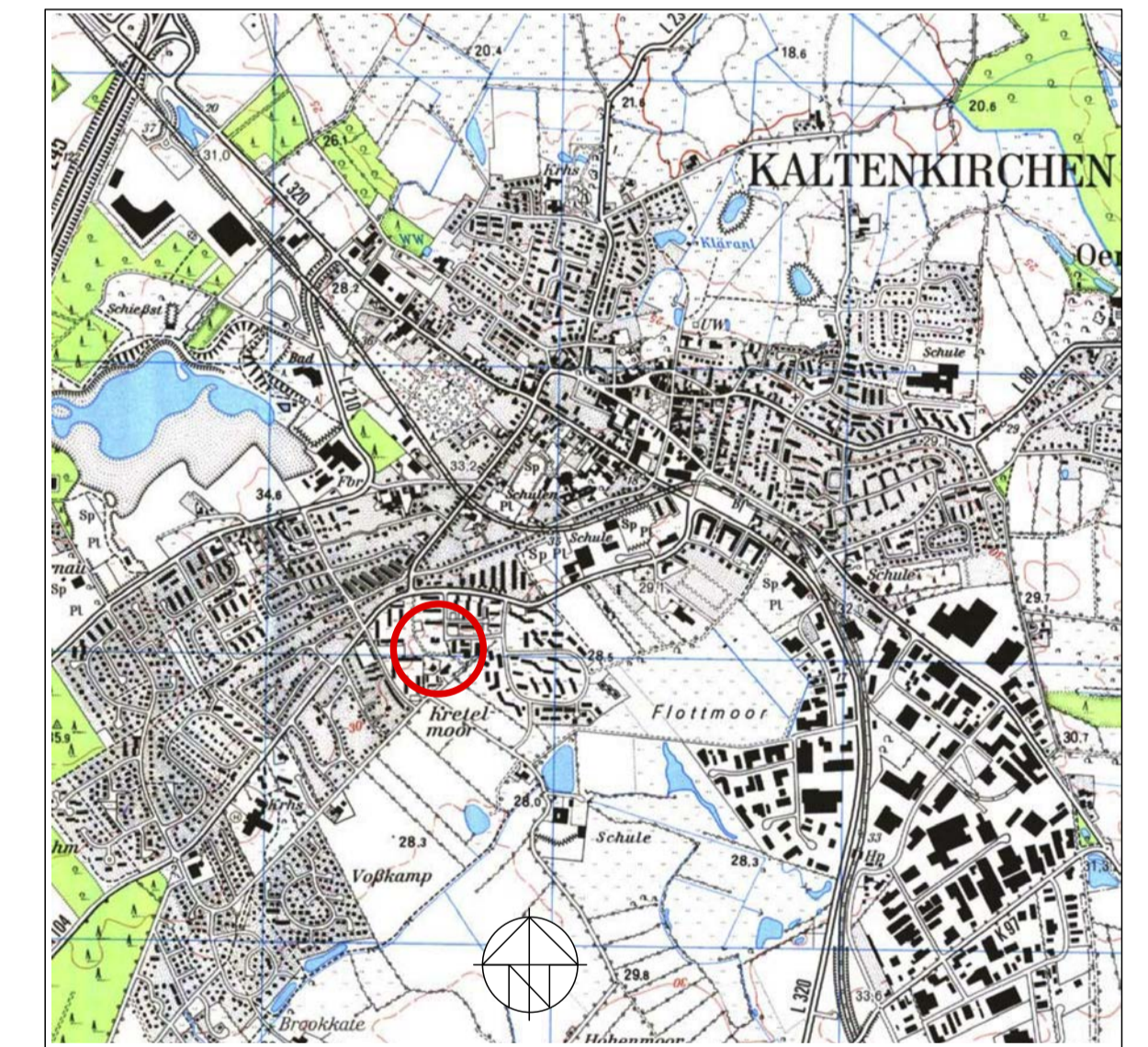
In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung einschließlich der sich ergebenden Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) sowie auf die Möglichkeit, Entschädigungsansprüche geltend zu machen und das Erlöschen dieser Ansprüche (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Auf die Rechtswirkungen des § 4 Abs. 3 GO wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mithin am ..... in Kraft getreten.

Kaltenkirchen, den ..... Siegel

.....  
(Bürgermeister)

### PRÄAMBEL

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 92 der Landesbauordnung (LBO) wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom ..... folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 1 "Flottmoor", 7. Änderung und Ergänzung, für den Bereich des Grünzuges Karl-Hamdorf-Weg, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen.



Übersichtsplan 1 : 50.000

## SATZUNG DER STADT KALTENKIRCHEN ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 1 "Flottmoor" 7. Änderung und Ergänzung



Für den Bereich der Verlängerung des Brookwegs